

monopol der NASA ist durch eine tragfähige europäische Alternative ersetzt worden. Heute können wir feststellen, dass es für die Schweiz mutig und klug war, damals bei dem Projekt mitzumachen.

Angesichts der Schwierigkeiten einiger ESA-Mitgliedstaaten innerhalb der auf Forschung und Entwicklung ausgerichteten ESA, eine nach industriellen und wirtschaftlichen Kriterien ausgerichtete Serienproduktion von Trägerraketen durchzuführen, schlug die französische Regierung 1979 vor, die Produktion und Vermarktung weiterer Ariane-Serien einer Aktiengesellschaft französischen Rechts zu übertragen. Zu deren Aktionären sollen die an der Ariane-Produktion beteiligten Industriefirmen aller ESA-Mitgliedstaaten gehören. Diese Firma wurde im März 1980 unter dem Namen «Arianespace» gegründet und hat ihren Sitz in der Nähe von Paris. Über 59 Prozent des Aktienkapitals von 120 Millionen französischen Franken befinden sich in französischen Händen. Auf vier schweizerische Aktionäre entfallen lediglich insgesamt 2,7 Prozent.

Die Übertragung der Ariane-Produktion an «Arianespace» wurde in die Rechtsform eines ESA-Fakultativprogramms gekleidet, das seinerseits durch eine Erklärung der interessierten Mitgliedstaaten begründet wird. Von den elf ESA-Mitgliedstaaten haben bisher lediglich Irland, die Niederlande und die Schweiz der Erklärung noch nicht zugestimmt. Die schweizerische Delegation stellte sich auf den Standpunkt, dass die Erklärung – weil sie Rechte und Pflichten der Ariane-Vereinbarung von 1973 abändert – ein völkerrechtlicher Vertrag ist und deshalb von der Bundesversammlung genehmigt werden muss.

Der Bundesrat betrachtet die rechtliche Form der Delegation der Ariane-Produktion an «Arianespace» allerdings nicht als ideal, da sie Elemente eines Fakultativprogramms mit jener einer Betriebstätigkeit vermischt und der Text der Erklärung nicht präzise genug formuliert worden ist. Nach Abwägen aller Faktoren kam man aber trotzdem zum Schluss, dass für die Schweiz die Nachteile des Abseitsstehens – mit allen Konsequenzen in bezug auf die weitere Berücksichtigung der schweizerischen Industrie – im Vergleich mit den Nachteilen der Zustimmung überwiegen.

Die schweizerische Zustimmung zur Erklärung hat keine direkten finanziellen Auswirkungen. Die Teilnehmer sind aber verpflichtet, an die Infrastrukturkosten des Startzentrums in Kourou (Französisch-Guyana) weiterhin Beiträge zu leisten. Die Höhe dieser Beiträge ist jedoch in der Erklärung noch nicht bestimmt, und eine konkrete finanzielle Verpflichtung entsteht erst, wenn ein neuer Beitragsschlüssel ausgehandelt ist. Personelle Auswirkungen ergeben sich für die Schweiz keine. Auch die Bedingungen für die Unterstellung des Bundesbeschlusses unter das fakultative Staatsvertragsreferendum sind nicht erfüllt.

Die einstimmige aussenpolitische Kommission beantragt Ihnen, auf die Vorlage einzutreten und dem «Bundesbeschluss über die Zustimmung der Schweiz zur Erklärung europäischer Regierungen über die Produktionsphase der Ariane-Träger» zuzustimmen. Damit ermöglichen wir, dass auch unser Land bei der anlaufenden und kommerziellen Phase der europäischen Trägerrakete Ariane mitmachen kann, was für unser Land und für die schweizerische Industrie von grosser Bedeutung ist.

*Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen*

*Le conseil décide sans opposition d'entrer en matière*

*Gesamtberatung – Traitement global du projet*

**Titel und Ingress, Art. 1 und 2**

**Titre et préambule, art. 1 et 2**

*Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble*

Für Annahme des Beschlusentwurfes

30 Stimmen

(Einstimmigkeit)

*An den Nationalrat – Au Conseil national*

81.266

**Pétition Burger Christine, Genf. Humanitäre Hilfe**  
**Pétition Burger Christine, Genève**  
**Aide humanitaire**

Herr **Ulrich** unterbreitet namens der Kommission für auswärtige Angelegenheiten den folgenden schriftlichen Bericht:

Mit mehreren Schreiben an den Nationalratspräsidenten forderten Christine Burger und andere Personen im vergangenen Sommer die eidgenössischen Räte auf, die Bundesbeiträge in der Form schweizerischer Milchprodukte für das Jahr 1981 an «Terre des hommes» nicht zu kürzen.

Üblicherweise werden Petitionen von der Petitionskommission vorberaten; ihre Vorprüfung obliegt jedoch, wenn sie sich auf ein hängiges Sachgeschäft beziehen, der mit seiner Vorberatung betrauten Kommission (Art. 40 Abs. 1 Geschäftsreglement des Nationalrates). Die Kommission für auswärtige Angelegenheiten, die sich letztes Jahr mit der Vorlage über die Weiterführung der humanitären Hilfe befasste, stellt folgendes fest: Der Bund teilt im Rahmen der internationalen humanitären Hilfe jedes Jahr den internationalen Hilfswerken wichtige Mengen schweizerischer Milchprodukte zu. Im Februar 1981 gab die DEH den internationalen Hilfswerken bekannt, dass die letztjährigen Zuteilungen von schweizerischen Milchprodukten aus folgenden Gründen nicht in genügendem Ausmass erfolgen konnten, um allen Bedürfnissen zu entsprechen:

1. Die von den eidgenössischen Räten 1980 beschlossene allgemeine Reduktion der Bundessubventionen um 10 Prozent wirkt sich ebenfalls auf die für die Lieferung schweizerischer Milchprodukte an die internationalen Hilfswerke zur Verfügung stehenden Kredite aus.

2. Der Milchpreis erfuhr ab 1. Januar 1981 eine Erhöhung um 3 Rappen, was eine Preiserhöhung von 24 Rappen pro Kilo Vollmilch in Puderform zur Folge hatte.

3. Die Verpackungs- und Transportkosten sind ebenfalls gestiegen.

4. Nahrungsmittelforthilfe wird wegen Katastrophen und akuten Nahrungsmittelversorgungskrisen immer wichtiger, wobei hier die Priorität auf die Linderung der schlimmsten unmittelbaren Folgen gelegt wird. Die der Schweiz zur Verfügung stehenden Mittel sind aber zu gering, um auch Nahrungsmittelhilfe in jenen Fällen zu leisten, wo die unzureichende Versorgung auf strukturelle Probleme zurückzuführen ist. In solchen Fällen führt nicht die direkte Nahrungsmittelhilfe, sondern nur die Erhöhung der Entwicklungshilfe zu einer Lösung der Probleme.

Letztes Jahr konnte die Kürzung nicht aufgehoben werden. Inzwischen ist aber die Vorlage über die Weiterführung der humanitären Hilfe während der Herbstsession 1981 im Nationalrat und während der Wintersession 1981 im Ständerat angenommen worden. Damit hat die Schweiz seit Beginn dieses Jahres wiederum die Möglichkeit, genügende Zuteilungen von schweizerischen Milchprodukten vorzunehmen.

Dem Anliegen der Petitionäre wird somit entsprochen.

*Antrag der Kommission*

Die Kommission beantragt, von der Petition Kenntnis zu nehmen, ihr aber keine weitere Folge zu leisten.

*Proposition de la commission*

La commission propose de prendre acte de la pétition, mais de ne pas lui donner suite.

**Präsident:** Die Kommission für auswärtige Angelegenheiten, die das Geschäft vorberaten hat, hat uns einen schriftlichen Bericht unterbreitet. Der Kommissionspräsident ver-

zichtet auf mündliche Ergänzungen. Aus der Mitte des Rates wird das Wort nicht verlangt. – Sie haben gemäss Kommissionsantrag beschlossen.

81.918

**Postulat Bauer****Abrüstungsverhandlungen. Beitrag der Schweiz  
Pourparlers de Genève sur le désarmement.  
Contribution suisse***Wortlaut des Postulates vom 17. Dezember 1981*

Mehrere Persönlichkeiten unseres Landes haben von neuem mit Nachdruck den selbstmörderischen Unsinn des Wettrüstens verurteilt und darauf hingewiesen, dass der Menschheit durch die überdimensionierten atomaren Waffenarsenale die totale Zerstörung droht.

Es wird namentlich auf die Artikelreihe verwiesen, die Prof. Gasteyger (Institut des Hautes études internationales, Genf; Internationales Institut für strategische Studien, London) vom 7. bis 10. Dezember im «Journal de Genève» veröffentlicht hat, den letzten davon unter dem Titel «Denken wir nach vor dem Holocaust», und auf die von Oberstdivisionär Gustav Däniker im November in der «NZZ» veröffentlichte Studie «Friedenssicherung erfordert glaubwürdige Leistung».

Däniker stellt fest, dass im Rahmen einer doppelten Überlebensstrategie unsere rein militärische Landesverteidigung und unsere diplomatischen Friedensbemühungen sich ergänzen müssen.

Diese Vorschläge stimmen mit den immer häufiger ausgedrückten Wünschen überein, wonach unser Land, statt zu resignieren, sich mit mehr Dynamik, Mut und Grosszügigkeit für den Frieden einsetzen soll.

Gegenwärtig verhandeln die USA und die Sowjetunion in Genf über Abrüstung. Die Verhandlungen werden nächstes Jahr auf Ministerebene weitergeführt.

Der Bundesrat wird gebeten,

1. die Vorschläge von Prof. Gasteyger und Oberstdivisionär Däniker zu prüfen;
2. abzuklären, welche Möglichkeiten bestehen, zur Sicherung des Friedens die Politik der guten Dienste zu verstärken. Ein Mittel, wahrscheinlich das dringlichste, bestünde darin, die Dienste der Schweiz zur Kontrolle der Rüstungsbegrenzung auf beiden Seiten anzubieten, so wie Divisionär Däniker es vorschlägt.

*Texte du postulat du 17 décembre 1981*

Plusieurs personnalités de notre pays ont à nouveau dénoncé avec force ces derniers jours la folie suicidaire que constituent la course aux armements et la menace de destruction totale que font courir à l'humanité des arsenaux atomiques surdimensionnés.

Nous nous référons notamment aux articles parus dans le *Journal de Genève* du 7 au 10 décembre sous la plume du professeur Curt Gasteyger, de l'Institut des Hautes études internationales (IHEI) et de l'Institut International d'études stratégiques de Londres (IISS), dont le dernier s'intitule «Réfléchissons un peu avant l'holocauste», ainsi qu'à l'étude publiée à mi-novembre dans la *NZZ*, intitulée «Friedenssicherung erfordert glaubwürdige Leistung», dont l'auteur est le colonel-divisionnaire Gustav Däniker.

Ce dernier affirme que, dans le cadre d'une double stratégie de survie, il est indispensable que se complètent et notre défense purement militaire et les initiatives de notre diplomatie en faveur de la paix.

Ces propos concordent avec les vœux exprimés de plus en plus fréquemment, selon lesquels il importe, plutôt que de

céder à la résignation, que notre pays s'engage avec plus de dynamisme, d'audace et de générosité en faveur de la paix.

En ce moment même des pourparlers sur le désarmement ont lieu à Genève entre représentants des USA et de l'URSS. Ils se poursuivront l'an prochain au niveau ministériel.

Le Conseil fédéral est prié d'étudier

1. Les propositions du professeur Gasteyger et du colonel-divisionnaire Däniker;
2. Les moyens d'intensifier sa politique des bons offices au service de la paix; l'un de ces moyens, et probablement le plus urgent, étant de proposer les services de la Suisse pour contrôler de part et d'autre la limitation de l'armement, ainsi que le propose le divisionnaire Däniker.

**Mme Bauer:** Les marches en faveur de la paix, qui dans toute l'Europe et dans notre pays même ont réuni des dizaines, des centaines de milliers de manifestants, témoignent incontestablement de la peur, de l'insécurité profonde qui étreignent le monde contemporain devant l'escalade de l'armement, la prolifération de la bombe atomique et le développement des moyens de destruction de masses, qui permettent désormais à l'humanité de se détruire entièrement.

Les unes après les autres, les conférences en faveur du désarmement se soldent par un échec et les Etats n'arrivent pas à se mettre d'accord pour interdire, pour proscrire les moyens de destruction de masses tels que les armes atomiques et chimiques qui frapperaient lourdement les populations civiles. Le message accompagnant la convention que nous avons votée tout à l'heure le souligne abondamment.

En tant que Parlement, en tant que Gouvernement de ce pays, nous ne pouvons ignorer cette inquiétude. Je considère, pour ma part, qu'il est de notre devoir de répondre aux interrogations angoissées de nos concitoyens, de leur faire savoir que nous partageons leurs craintes et de les assurer de notre soutien.

Plutôt que de se voiler la face, plutôt que de céder à la résignation ou de condamner indistinctement tous ceux qui manifestent, plusieurs personnalités de premier plan dans notre pays, lucidement, courageusement, ont évoqué au cours des derniers mois les réponses possibles et l'attitude à adopter. Permettez-moi de mentionner quelques-unes de ces interventions parmi les plus marquantes.

A la fin de l'an dernier, le professeur Kurt Gasteyger, directeur du Séminaire d'études stratégiques de l'Institut universitaire des hautes études internationales, à Genève, et membre de l'Institut international d'études stratégiques de Londres, publiait dans le *Journal de Genève* une série de quatre articles sur la course aux armements. Le dernier s'intitule «Et si l'on réfléchissait avant l'holocauste?» Après avoir rappelé les plans d'armement gigantesques et les arsenaux surdimensionnés, il affirme que tout doit être entrepris pour mettre un terme à la course aux armements et pour s'interroger sur les limites de cet effort. Il en appelle à une réflexion collective et pose, pour conclure, la question suivante: «La fuite en avant fut jusqu'ici la voie la plus confortable. Ne serait-ce pas faire preuve de plus de courage que de commencer à s'engager à désarmer?»

A cette même époque, la Société suisse des officiers a publié ses douze thèses concernant la paix. Après avoir rappelé que, en tant qu'Etat neutre, la Suisse a le devoir, à l'égard de la communauté internationale, de défendre son territoire de manière crédible, la Société suisse des officiers affirme: «La Suisse doit développer son action de bons offices sur le plan politique en vue d'atteindre à un désarmement général, à un contrôle du désarmement et à la mise en place de moyens efficaces sur le plan international permettant de résoudre les crises sans violence.

Favoriser, d'une part, la paix par l'aide au développement et par la solidarité avec les nations les plus pauvres du globe, et vouloir, d'autre part, assurer la paix ne sont pas deux

## **Petition Burger Christine, Genf. Humanitäre Hilfe**

## **Pétition Burger Christine, Genève Aide humanitaire**

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1982
Année	
Anno	
Band	II
Volume	
Volume	
Session	Frühjahrssession
Session	Session de printemps
Sessione	Sessione primaverile
Rat	Ständerat
Conseil	Conseil des Etats
Consiglio	Consiglio degli Stati
Sitzung	09
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	81.266
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	17.03.1982 - 08:50
Date	
Data	
Seite	158-159
Page	
Pagina	
Ref. No	20 010 457

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.